

TEIL II

Kapitel 5

Nachhaltige Energie für alle erreichen

von

Andris Piebalgs

EU-Kommissar für Entwicklung

Die Entwicklungsländer benötigen nachhaltige Energie, um ihr Wachstum zu fördern und die Menschen aus der Armut zu befreien. Weltweit haben 1,3 Milliarden Menschen nach wie vor keinen Stromanschluss, und bis zu eine weitere Milliarde muss im besten Fall mit einem unzuverlässigen Zugang auskommen. Insbesondere das ländliche Subsahara-Afrika hat eine Elektrifizierungsrate von nur 12%, und die Gesamtzahl der Personen ohne Stromanschluss nimmt kontinuierlich zu. Die Vereinten Nationen (VN) streben im Rahmen ihrer Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ an, bis zum Jahr 2030 den Zugang aller Bürger zu modernen Energiedienstleistungen zu sichern. In diesem Kapitel beschreibt der Autor, wie die Europäische Union, die über die Hälfte der weltweiten öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA) bereitstellt, ihren Beitrag zur Initiative der VN leistet, wobei der Schwerpunkt auf dem Zugang zu modernen Energiedienstleistungen, der regionalen Integration – unter Fokussierung auf Projekte mit regionaler Reichweite – sowie auf der breitbasierten Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien liegt. Dennoch merkt er an, dass die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit diese Herausforderung nicht allein bewältigen können. Der private Sektor wird sich viel aktiver einbringen müssen, sowohl durch Investitionen als auch durch die Bereitstellung von Finanzmitteln. Der Lohn wird beträchtlich sein: neue Märkte, neue produktive Partnerschaften, neue innovative Technologien für die Entwicklungsländer sowie höhere Einkommen und mehr Arbeitsplätze.

Die Entwicklungsländer benötigen Energie, um ihr Wachstum zu fördern und die Menschen aus der Armut zu befreien. Sie benötigen nachhaltige Entwicklung, und dies bedeutet nachhaltige Energie. Wie sollen die Regierungen der Entwicklungsländer ohne Elektrizität jeden Bürger mit sauberem Wasser versorgen können? Wie können sie eine gute Bildung gewährleisten? Wie eine medizinische Grundversorgung bieten oder neue Arbeitsplätze schaffen? Und dennoch haben viele der Ärmsten der Welt heute nach wie vor keinen Zugang zu einer verlässlichen Stromversorgung.

Wenn die Welt bis 2030 nachhaltige Energie für alle erreichen will, müssen wir heute handeln.

Im September 2011 lancierte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, die Initiative „Nachhaltige Energie für alle“. Bis 2030 sollen folgende Ziele erreicht werden: 1. Sicherung des Zugangs aller Bürger zu modernen Energiedienstleistungen, 2. Verdoppelung der Geschwindigkeit, mit der die Energieeffizienz weltweit verbessert wird, und 3. Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am weltweiten Energiemix. Dies stellt eine gewaltige Herausforderung dar, die enorme Investitionen und konzertierte Bemühungen seitens aller beteiligten Parteien erfordert. Und es ist jetzt an der Zeit, zu handeln.

Präsident Kagame aus Ruanda brachte dies gegenüber seinen Ministern eloquent auf den Punkt: „Warum haben unsere Bürger keinen Strom? Wir brauchen Strom, keine Geschichten über Strom. Davon haben wir genug gehabt, und ich will, dass wir diesbezüglich tätig werden. Wir können nicht länger warten.“

Wir in der EU sind bereit, unseren Beitrag zur Unterstützung der Initiative zu leisten, indem wir unsere Tätigkeit verstärken. Dort, wo es ein starkes Engagement seitens der Regierungen gibt, müssen wir als Partner bereitstehen – mit unseren Entwicklungsleistungen und mit Unterstützung unseres privaten Sektors.

Zugang zu moderner Energie

Die Entscheidung Ban Ki-moons für die Vision, bis zum Jahr 2030 nachhaltige Energie für alle zu erreichen, wurde nicht leichtfertig getroffen. Sie erwuchs aus einer Erkenntnis, die seit dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2002 in Johannesburg stetig gewachsen war, nämlich, dass Energiearmut ein entscheidendes Hindernis für wirtschaftliche Entwicklung und die Beseitigung der Armut in den Entwicklungsländern ist.

Der Zugang zu modernen Energiequellen verbessert das Leben der Menschen auf vielfältige Art und Weise. Am wichtigsten ist, dass er ihre Fähigkeit steigert, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und der Subsistenzwirtschaft zu entkommen. Ohne angemessenen Zugang zu erschwinglicher Energie können die Menschen in Armut gefangen sein, da ihnen die Mittel fehlen, sich durch Arbeit daraus zu befreien. Der wichtige Zusammenhang zwischen der Beseitigung der Armut und der produktiven Nutzung von Energie ist in jüngster Zeit in zahlreichen Studien hervorgehoben worden (Practical Action, 2010; EU Energy Initiative und GIZ, 2011). Die Landwirtschaft – die Hauptaktivität, auf die sich nahezu die Hälfte aller Menschen in den Entwicklungsländern für ihren Lebensunterhalt stützt – bietet klare

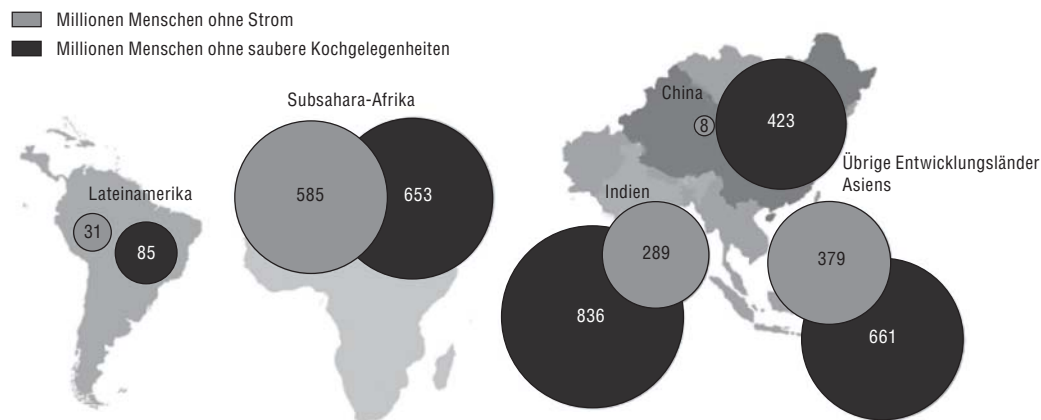
Beispiele: Ein besserer Zugang zu Energie hat auf allen Stufen der Wertschöpfungskette beträchtliche Auswirkungen auf die Produktivität und die Erträge, von der Erzeugung über die Verarbeitung und die Lagerung nach der Ernte bis hin zur Vermarktung.

Ohne weitere Anstrengungen wird sich die Zahl der Menschen, die keinen Stromanschluss haben, im Jahr 2030 weiterhin auf über eine Milliarde belaufen.

In den vergangenen Jahrzehnten haben einige Länder bemerkenswerte Fortschritte bei der Verbesserung des Zugangs ihrer Bürger zu modernen Energiedienstleistungen erzielt. Die Elektrifizierung in China ist das herausragende Beispiel, aber auch viele andere Länder in Asien, ebenso wie einige in Afrika, haben diesbezüglich gute Ergebnisse erreicht. Und dennoch zeigen aktuelle Analysen, dass die Zahl der Menschen ohne Stromanschluss im Jahr 2030 weiterhin bei über einer Milliarde liegen wird, wenn wir unsere Anstrengungen nicht noch weiter intensivieren, und auch die Zahl der Menschen, die nicht über saubere Kochgelegenheiten verfügen, wird ansonsten nicht sinken.

Energiearmut ist auf der Welt nicht gleichmäßig verteilt. In ihrem jährlich erscheinenden *World Energy Outlook* macht die Internationale Energie-Agentur von den begrenzt verfügbaren Datenquellen Gebrauch, um die Fortschritte zu verfolgen und zu analysieren. Die aktuellsten Daten sind in Abbildung 5.1 dargestellt.

Abbildung 5.1 **Weltweite Verteilung der Energiearmut, 2009**



Quelle: IEA (Internationale Energie-Agentur) (2011), *World Energy Outlook 2011*, OECD Publishing, Paris.

Eine krasse statistische Maßzahl geht aus dieser Abbildung hervor: Über 95% der Menschen, denen der Zugang zu modernen Energiedienstleistungen verwehrt ist, leben entweder in Subsahara-Afrika oder in den Entwicklungsregionen Asiens.

In Subsahara-Afrika haben mindestens 88% der ländlichen Bevölkerung keinen Stromanschluss.

Es ist von ganz wesentlicher Bedeutung, dass unsere Bemühungen zur Bewältigung des Problems des Energiezugangs einen besonderen Schwerpunkt Afrika beinhalten. Die meisten Armen in Afrika leben in ländlichen Gebieten, in denen lediglich 23% über einen Stromanschluss verfügen. Die Zahl für das ländliche Subsahara-Afrika ist noch niedriger und beläuft sich auf magere 12%. In Subsahara-Afrika insgesamt besitzen weniger als 30% der Bevölkerung einen Stromanschluss. Darüber hinaus ist dies die einzige Region der Welt, in der die Gesamtzahl

der Personen ohne Stromanschluss stetig steigt; leider wird sich dieser beunruhigende Trend voraussichtlich fortsetzen. Und schließlich beläuft sich der Bevölkerungsanteil, der sich auf Biomasse als Primärenergieträger zum Kochen stützt, in Teilen Subsahara-Afrikas auf 90%.

Die Energieinitiative der EU

Die EU gehörte zu den Ersten, die sich an die Bewältigung des Problems des Energiezugangs gemacht haben, indem sie beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (2002) die EU-Energieinitiative (EUEI) lancierte. Die im Zusammenhang mit dem Gipfel veröffentlichte Publikation *Energy for the Poor* (DFID, 2002) bot den Kontext für die EUEI, indem sie den starken Zusammenhang zwischen Energiezugang und Armutsbekämpfung unterstrich und Energie als das fehlende Millenniumsentwicklungsziel identifizierte. Die EUEI verfolgte ein dreifaches Ziel: die politische Sensibilisierung von Politikverantwortlichen auf hoher Ebene, die Erzielung von Kohärenz und Synergien bei energiebezogenen Aktivitäten sowie die Mobilisierung neuer Ressourcen (Kapital, Technologie und Personal) des privaten Sektors, von Finanzinstituten, der Zivilgesellschaft sowie der Endverbraucher. Die EU richtete die Partnership Dialogue Facility¹ der EUEI ein, um die Bemühungen der Entwicklungsländer zu unterstützen, das Thema Energie in ihre Strategien zur Armutsbekämpfung einzubinden, und initiierte die erste AKP²-EU-Energiefazilität³, um einen Bottom-up-Ansatz bei der Bewältigung des Problems des Energiezugangs zu verfolgen.

Der Schwerpunkt auf Energie in Afrika erhielt im Dezember 2007 in Lissabon starken Auftrieb, als die EU und Afrika beschlossen, die Afrika-EU-Energiepartnerschaft⁴ (AEEP) als Teil der Gemeinsamen Strategie EU-Afrika zu schaffen. Die AEEP baut unmittelbar auf der EU-Energieinitiative auf und wurde als langfristiger Rahmen konzipiert, der für Struktur im politischen Dialog und in der Zusammenarbeit zwischen Afrika und der EU in strategischen Energiefragen sorgen soll und sowohl den afrikanischen als auch den europäischen Bedürfnissen Rechnung trägt. Ich nahm an der Hochrangigen Tagung der Energiepartnerschaft EU-Afrika in Wien (September 2010) teil, wo wir uns mit unseren afrikanischen Partnern auf drei gemeinsame Ziele verständigten: bis 2020 zusätzliche 100 Millionen Menschen mit modernen Energiedienstleistungen zu versorgen, die Kapazität der grenzüberschreitenden Stromverbundnetze in Afrika sowie zwischen Afrika und Europa zu verdoppeln sowie zusätzliche 10 000 MW an Wasserkraft-, 5 000 MW an Windkraft- und 500 MW an Solarenergieanlagen zu bauen. Somit waren wir mit der AEEP schon vor dem Start der Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ auf dem richtigen Weg.

2010 erhöhte die EU ihre Mittel für Energiezugangsprojekte in Afrika.

Im Mai 2009 legte der Rat der Europäischen Union in seinen Schlussfolgerungen zu Energie und Entwicklung⁵ besonderes Augenmerk auf die Förderung eines besseren Zugangs zu modernen Energiedienstleistungen in den ländlichen und periurbanen Gebieten Afrikas, wobei im Mittelpunkt dieser Förderung dezentrale Lösungen und erneuerbare Energien stehen. In Reaktion auf diese Schlussfolgerungen des Rates wurden die finanziellen Mittel für die AKP-Energiefazilität von 200 Mio. Euro auf 400 Mio. Euro erhöht.

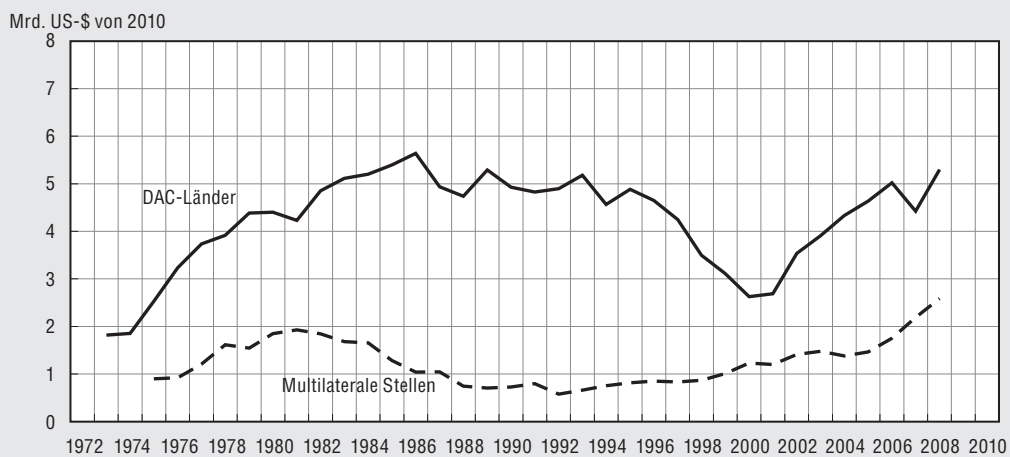
Insgesamt hat die Europäische Kommission in den vergangenen sieben Jahren⁶ im Durchschnitt rd. 315 Mio. Euro jährlich ausgegeben, um den Zustand des Energiesektors in den Entwicklungsländern zu verbessern, Bemühungen zur Verbesserung des Zugangs zu modernen Energiedienstleistungen eingeschlossen (Kasten 5.1). Ein neues Kombiinstrument wurde 2010 geschaffen, mit dem die Zuschussmittel der EU mit Krediten europäischer Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen kombiniert werden, um die durch die Energiefazilität

Kasten 5.1 Trends in der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit: Energie

Zwischen Mitte der 1980er und Anfang der 2000er Jahre sank der Anteil der öffentlichen Entwicklungsleistungen im Energiebereich von über 8% der sektorspezifischen Leistungen auf rd. 4%. Im vergangenen Zehnjahreszeitraum ist er indessen wieder gestiegen und liegt nunmehr in realer Rechnung nahe bei seinem Höchststand Mitte der 1980er Jahre. Der Rückgang begann, als das „Vorschlagspaket für Helsinki“ 1992 in Kraft trat. Dieses verhinderte die Nutzung gebundener Entwicklungsleistungen für wirtschaftlich bestandsfähige Projekte, was zu einem Rückgang der öffentlichen Entwicklungsleistungen für Energieprojekte und einer Verlagerung zum Kapazitätsaufbau (z.B. als Beitrag zur Ausarbeitung energiepolitischer Maßnahmen) führte, wofür geringere ODA-Mittel benötigt wurden. Die öffentlichen Entwicklungsleistungen im Energiebereich begannen Anfang der 2000er Jahre wieder zu steigen, nachdem das Kyoto-Protokoll das Interesse der Geber an Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien hervorgerufen hatte.

Abbildung 5.2 Tendenzielle Entwicklung der energiebezogenen ODA

Zusagen 1973-2010, gleitender Fünfjahresdurchschnitt, konstante Preise von 2010

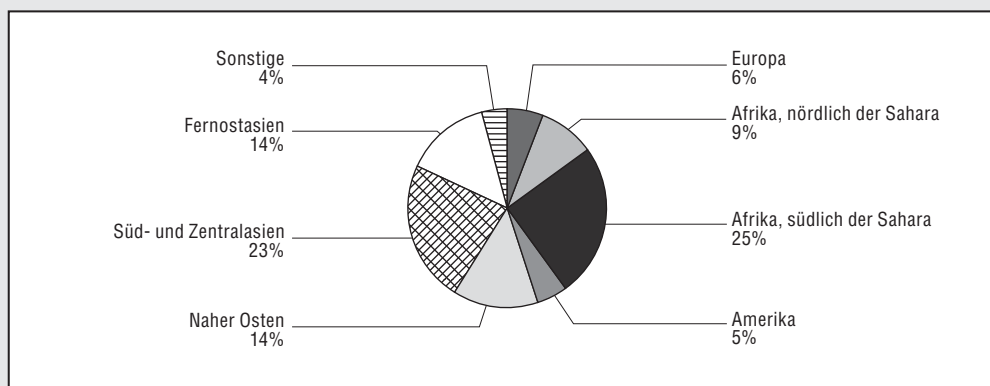


Anmerkung: Gleitender Fünfjahresdurchschnitt, z.B. 2008 = Durchschnitt von 2006-2010.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932699972>

Abbildung 5.3 Regionale Aufschlüsselung der energiebezogenen ODA, alle Geber

Zusagen 2005-2010



StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932699991>

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Tabelle 5.1 **Energiebezogene ODA nach Geber, 2005-2010**

Jahresdurchschnittliche Zusagen und Auszahlungen, Anteile an den gesamten sektorspezifischen Leistungen, in konstanten Preisen von 2010

	Zusagen, Mio. US-\$			In % der sektorspezif. Leistungen			Auszahlungen, Mio. US-\$		
	2005-06	2007-08	2009-10	2005-06	2007-08	2009-10	2005-06	2007-08	2009-10
Australien	10	25	14	1	1	0	7	15	14
Belgien	5	30	59	1	3	5	3	5	36
Dänemark	53	47	17	4	5	1	45	51	28
Deutschland	558	849	1 582	10	12	18	239	470	1 040
Finnland	38	6	58	8	1	7	4	10	14
Frankreich	106	108	304	3	2	5	94	126	105
Griechenland	0	1	1	0	0	1	0	1	1
Irland	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Italien	197	27	3	24	3	0	102	78	41
Japan	1 415	1 848	2 065	13	14	16	980	1 435	1 469
Kanada	16	11	3	1	0	0	14	9	11
Korea	2	127	161	1	11	10	17	15	46
Luxemburg	1	2	1	0	1	0	1	2	1
Neuseeland	3	1	1	1	0	0	1	1	0
Niederlande	66	139	168	2	4	4	43	80	105
Norwegen	84	186	203	4	8	7	127	256	134
Österreich	8	9	15	3	2	4	5	9	12
Portugal	1	0	25	0	0	10	1	0	25
Schweden	45	59	69	2	4	4	46	51	57
Schweiz	23	22	27	3	2	3	25	17	14
Spanien	41	261	271	3	9	8	52	73	306
Ver. Königreich	114	37	97	3	1	2	63	42	108
Ver. Staaten	1 269	1 476	940	7	7	4	1 629	1 108	605
DAC-Mitglieder insg.	4 052	5 272	6 084	7	7	7	3 496	3 854	4 172
Kuwait (KFAED)	243	47	111
Ver. Arabische Emirate	112	9	9
Andere bilaterale Geber	356	20	120
AfDF	57	204	345	4	14	14	43	41	101
Arabischer Fonds (AFESD)	..	316	538	..	46	46	..	198	431
AsDF	39	77	352	3	5	18	46
EU-Institutionen	508	445	272	5	5	3	153	252	319
GEF	67	11	..	7	2
IDA	717	1361	1627	8	11	12	469	782	992
IDB Sonderfonds	20	23	59	4	8	9	27
Isl. Entwicklungsbank	6	3	0
Nord. Entwicklungsfond	15	30	1
OFID	104	17	25
Sonstige VN-Stellen	1	6	25	..	11	0	1	3	13
Multilaterale Leistungen insg.	1 342	2 433	3 410	6	9	10	665	1 285	1 957
Nachrichtlich: EU-Institutionen + EU-Mitgliedstaaten ¹	1 739	2 021	2 942	5	5	6	849	1 250	2 197
Insgesamt	5 393	7 705	9 850	6	8	8	4 160	5 138	6 249

Anmerkung: Daten zu den auf Umweltbelange ausgerichteten Leistungen der DAC-Mitglieder werden mit Hilfe des Policy-Markers zur umweltbezogenen ODA erfasst. Die DAC-Mitglieder prüfen alle ihre Entwicklungsaktivitäten und kennzeichnen sie in ihrer Berichterstattung gegenüber dem Creditor Reporting System (CRS) entsprechend als a) auf die Umwelt als „Hauptziel“ oder als „wichtiges Ziel“ ausgerichtet oder b) nicht auf die Umwelt ausgerichtet. „Hauptziel“ bedeutet, dass Umweltbelange ein explizites Ziel der Aktivität darstellen und wesentlicher Bestandteil ihrer Konzeption sind. „Wichtiges Ziel“ heißt, dass die Umwelt ein bedeutendes, aber nur sekundäres Ziel der Aktivität ist.

1. In der Zeile Nachrichtlich: „EU-Institutionen + EU-Mitgliedstaaten“ ist die Summe der von den EU-Mitgliedsländern an die Entwicklungsländer geleisteten Beiträge und der Mittelabflüsse der „EU-Institutionen“ an die Entwicklungsländer angegeben.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932700067>

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

2009-2010 beliefen sich die jährlichen ODA-Zusagen im Energiebereich im Durchschnitt insgesamt auf nahezu 10 Mrd. US-\$. Unter den DAC-Mitgliedern waren Japan (2 Mrd. US-\$) und Deutschland (1,6 Mrd. US-\$) im Zeitraum 2009-2010 die größten Geber. Auf multilateraler Ebene ist die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), die für die Weltbank zinsverbilligte Kredite vergibt, die maßgebliche Stelle (1,6 Mrd. US-\$).

Im Zeitraum 2005-2010 flossen ODA-Leistungen im Energiebereich primär nach Asien, einschließlich dem Nahen Osten (51%), gefolgt von Afrika (34%).

Im vergangenen Zehnjahreszeitraum haben die Geber ihre ODA von nicht erneuerbaren zu erneuerbaren Energiequellen hin verlagert. Bis 2009-2010 wurden Umweltbelange in über der Hälfte der ODA-Programme der DAC-Mitglieder im Energiesektor entweder als wichtiges Ziel oder als Hauptziel berücksichtigt.

Abbildung 5.4 **Subsektorale Aufschlüsselung der energiebezogenen ODA, alle Geber**
Jahresdurchschnittliche Zusagen, konstante Preise von 2010

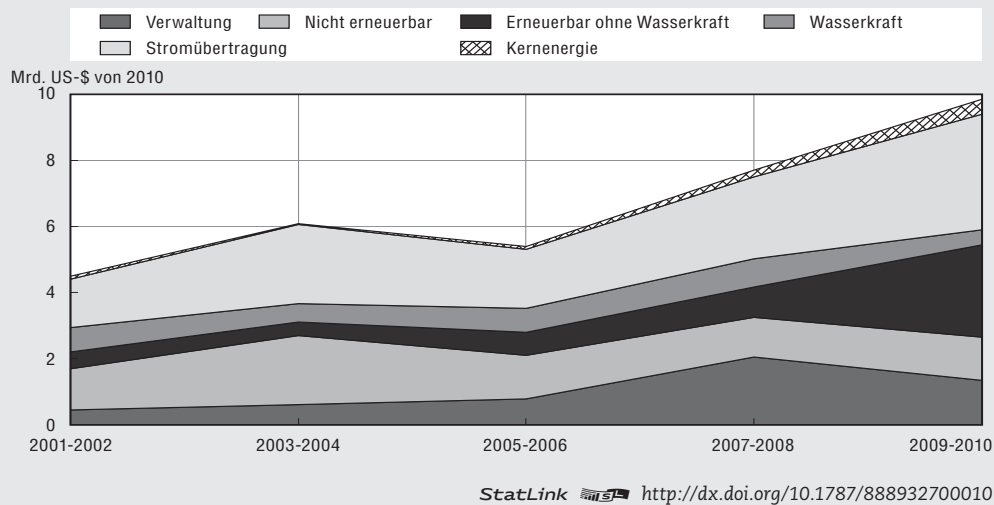
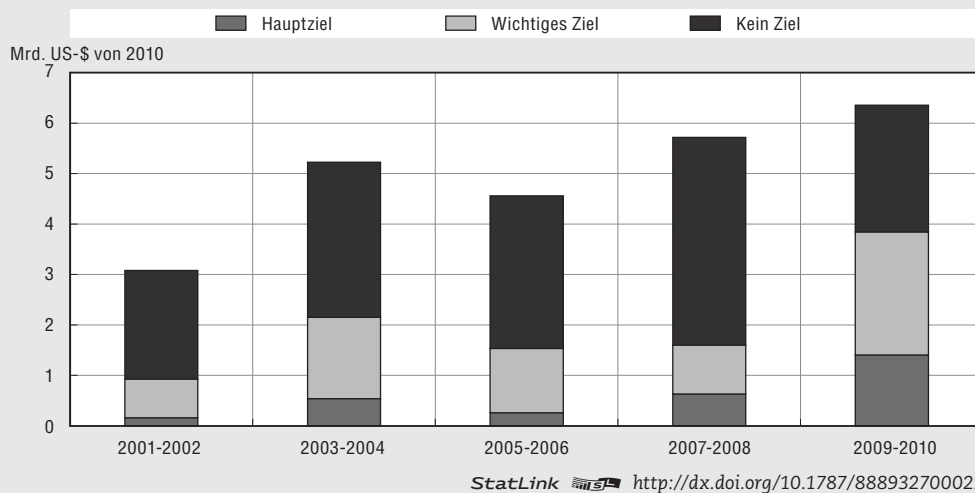


Abbildung 5.5 **Auf Umweltziele ausgerichtete ODA der DAC-Mitglieder im Bereich Energie**
Jahresdurchschnittliche Zusagen, konstante Preise

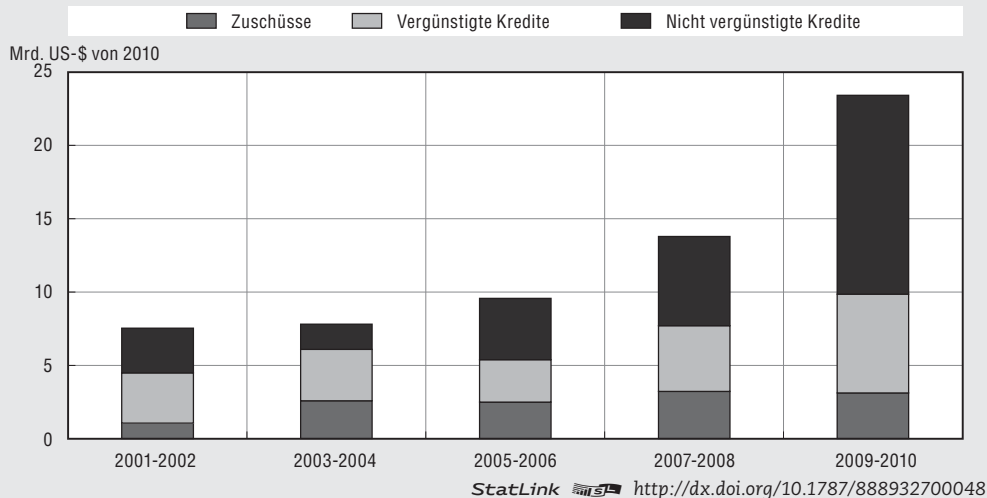


(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Während die ODA-Leistungen im Energiebereich zunahmen, stieg die Finanzierung zu marktüblichen Bedingungen im Energiebereich sogar noch stärker: Diese Finanzströme erhöhten sich von 22% der gesamten Finanzierung im Energiesektor im Zeitraum 2003-2004 auf 58% im Zeitraum 2009-2010. Multilaterale Stellen sind die Hauptquelle dieser nicht vergünstigten Leistungen.

Abbildung 5.6 **Energiebezogene ODA-Gesamtleistungen:
Zuschüsse, Kredite zu vergünstigten und zu marktüblichen Bedingungen**
Jahresdurchschnittliche Zusagen, konstante Preise



StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932700048>

Quelle: www.oecd.org/dac/stats/energy.

geförderten Projekte zur Verbesserung des Energiezugangs aufzustocken. Darüber hinaus ist Energie eine Priorität der Europäischen Investitionsbank (EIB), was dazu geführt hat, dass den Entwicklungsländern in den vergangenen Jahren Milliarden von Euro in Form zinsgünstiger Darlehen gewährt wurden.

In ihrer *Agenda für den Wandel* (Europäische Kommission, 2011) schlägt die EU eine stärkere Fokussierung auf Maßnahmen und Aspekte vor, die ein inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördern. Nachhaltige Energie ist für ein solches Wachstum von zentraler Bedeutung. Die Erschließung des enormen Potenzials nachhaltiger Energie wird Beschäftigungschancen schaffen und zugleich den Schutz wichtiger Naturressourcen – sowie Investitionen in diese – ermöglichen, zu CO₂-armen und ressourceneffizienten Lösungen führen und einen Beitrag zur Beseitigung der Armut leisten. In Anerkennung der Tatsache, dass ohne Zugang zu Energie keine echte Entwicklung möglich ist, wird mit der *Agenda für den Wandel* versucht, Energie in den Dienst der Entwicklung zu stellen.

Zugang und Integration

Nachhaltige Energie ist für ein inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum von zentraler Bedeutung.

Um nachhaltige Energie für alle bis 2030 zu realisieren, muss an allen Aspekten der Stromversorgung gearbeitet werden – von der Stromerzeugung und -übertragung bis zur Endverteilung und dem effektiven Anschluss der Kunden. Ferner werden die

Bemühungen verstärkt werden müssen, die Kochenergien zu modernisieren und produktive Verwendungszwecke für Energie zu entwickeln. Die Europäische Kommission hat ihren Erfahrungsschatz und Finanzierungsinstrumente eingebracht, die sich auf alle drei Ziele auswirken, die im Rahmen der Afrika-EU-Energiepartnerschaft definiert wurden, nämlich Zugang zu modernen Energiedienstleistungen, regionale Integration und breitbasierte Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen.

Energiezugang. Über die AKP-EU-Energiefazilität ist die EU an über 130 Projekten in den AKP-Ländern beteiligt. Zusätzlich zu den zugesagten rd. 340 Mio. Euro hat die Fazilität etwa denselben Betrag an Fremdmitteln von anderen öffentlichen und privaten Quellen mobilisiert. Insgesamt konnten die beteiligten Länder zwischen 12 und 13 Millionen Menschen mit modernen Energiedienstleistungen versorgen. Die Projekte haben uns darüber hinaus geholfen, wertvolle Erfahrungen zu sammeln, aus denen zahlreiche gute Beispiele für die Verbesserung der Stromversorgung und die effizientere Nutzung von Biomasseressourcen hervorgingen. Das von der GIZ⁷ kofinanzierte Projekt „Providing Access to Modern Energy in Northern Uganda“ (PAMENU) in Uganda ist hierfür ein Beispiel. Das Projekt arbeitet mit sehr begrenzten Mitteln und hat über eine Million Menschen mit modernen Energiedienstleistungen versorgt, einschließlich 220 sozialer Einrichtungen sowie kleiner und mittlerer Unternehmen. Zu den angewendeten Technologien gehören effiziente Kochherde, Kleinstwasserkraftanlagen und Photovoltaiksysteme.

Eine unzuverlässige Stromversorgung kann eine Volkswirtschaft zwischen 1% und 2% des BIP kosten.

Regionale Integration. Auf Grund der schlecht miteinander verbundenen nationalen Stromsysteme in Afrika ist die Verlässlichkeit der Stromversorgung gering; die Strominfrastruktur bietet zudem nur einen Bruchteil der Dienstleistungen, die es in anderen Teilen der Welt gibt. Die wirtschaftlichen Kosten einer unzuverlässigen Stromversorgung können sich leicht auf 1-2% des BIP belaufen.

Projekte mit regionaler Reichweite können bei der Verbesserung der Vernetzung eine zentrale Rolle spielen. Dies ist beim Treuhandfonds für die Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika⁸ der Fall, einem Finanzierungsinstrument, das der Förderung von Infrastrukturinvestitionen mit regionalen Auswirkungen dient. Der Fonds, der seine Arbeit im Juni 2007 aufnahm, kombiniert Zuschussmittel der Europäischen Kommission und der EU-Mitgliedstaaten mit den Kreditvergabemöglichkeiten der EIB, europäischer Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen sowie der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB). Seit seiner Einrichtung hat der Treuhandfonds für die Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika Mittel in Höhe von nahezu 400 Mio. Euro aufgebracht. Von den bisher zugesagten 300 Mio. Euro entfallen rd. 50% auf den Energiesektor, mit denen etwa 30 große Energieprojekte gefördert und Investitionen im Umfang von über 1 Mrd. Euro mobilisiert werden. Eines der ersten unterstützten Projekte war das Wasserkraftwerk in Félou am Senegalfluss. Bei einer Leistung von 60 MW und Kosten in Höhe von rd. 200 Mio. Euro wurde das Kraftwerk vom Treuhandfonds für die Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika kofinanziert. Bei dieser als Laufwasserkraftwerk (d.h. ohne Staudamm) errichteten Anlage wird die natürliche Kraft der Félou-Wasserfälle des Senegalflusses nutzbar gemacht, die rd. 15 km stromaufwärts der Stadt Kayes in Mali liegen. In diesem von chronischen Stromausfällen geplagten Gebiet erzeugt das Kraftwerk kostengünstigen Strom aus Wasserkraft für Mali, Mauretanien und Senegal.

Dem Projekt in Félou sind viele andere gefolgt. So ist beispielsweise die Caprivi-Verbundleitung eine 970 km lange Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitung

mit einer Kapazität von 300 MW; sie verbindet Sambia mit Namibia und unterstützt auch die Elektrifizierung des ländlichen Raums im Norden Namibias. Der Treuhandfonds für die Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika hat ferner eine Fazilität zur Abschwächung der finanziellen Risiken bei der Entwicklung von Geothermiekraftwerken in drei ostafrikanischen Ländern gefördert. Regionale Projekte wie diese werden zur Verbesserung der Energiesicherheit, der Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel sowie der Verlässlichkeit der Energieversorgung beitragen.

Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien, in deren Rahmen privates Kapital mobilisiert wird, sind hervorragende Beispiele für besonders hilfreiche ODA-Programme.

Und schließlich hat die EU zur Mobilisierung privater Investitionen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz Finanzmittel für den mit 108 Mio. Euro dotierten Globalen Dachfonds für Energieeffizienz und erneuerbare Energien (Global Energy Efficiency and Renewable Energy Fund – GEEREF)⁹ bereitgestellt, der eingerichtet wurde, um Marktversagen bei der Finanzierung kleiner und mittlerer Projekte in den Entwicklungsländern entgegenzuwirken. Als Ankerinvestor schafft und unterstützt der GEEREF Regionalfonds, die wiederum Risikokapital in Form von Eigenkapital für Projekte zur Verfügung stellen. Der GEEREF investiert weltweit, räumt den weniger entwickelten Ländern jedoch Priorität ein. Eine seiner wichtigsten Aufgaben ist die Förderung des Entstehens einer neuen Klasse von Fondsmanagern, die sich auf die Erhöhung des Zugangs zu nachhaltiger Energie und die Bekämpfung des Klimawandels auf einer soliden finanziellen Grundlage spezialisieren. Über seine Fazilität für Technische Hilfe ist der GEEREF außerdem in der Lage, in der Gründungsphase der Regionalfonds entscheidende Unterstützung zu leisten. Zu seinem Portfolio gehören derzeit Wasserkraft-, Windkraft- und Biomasseprojekte in Asien und Afrika. Im Rahmen dieser Projekte wurde ein hoher Betrag an privatem Kapital aufgenommen, was ein hervorragendes Beispiel für besonders hilfreich eingesetzte ODA darstellt.

Herausforderungen und Hemmnisse

„In Niedrigeinkommensländern muss die Ausweitung des Zugangs unsere Priorität sein. Wir benötigen private Finanzierungsmittel in noch nie dagewesenem Ausmaß. Wir benötigen einen Wandel, der die Energieerzeugung, -übertragung und -verteilung erhöht, sowie die Einführung netzferner („Off-grid“-)Technologien, und zwar nicht in der Größenordnung von zehn oder zwanzig Gigawatt, sondern von Hunderten von Gigawatt. Und wir müssen uns auf Länder und Regionen wie Subsahara-Afrika konzentrieren, wo das Zugangsdefizit am größten ist.“ (Erklärung von Vijay Iyer, Direktor der Abteilung Nachhaltige Energie der Weltbank, während des World Energy Future Summit im Februar 2012 in Abu Dhabi)

Diese Erklärung erinnert uns an die gewaltigen Herausforderungen, die vor uns liegen. In Anbetracht der 1,3 Milliarden Menschen, die nach wie vor keinen Stromanschluss haben, und bis zu einer weiteren Milliarde, die im besten Fall mit einem unzuverlässigen Stromanschluss zurechtkommen muss, ist es klar, dass wir unsere Anstrengungen verstärken müssen. Nachhaltige Energie für alle bis 2030 zu verwirklichen, erfordert eine beträchtliche Steigerung der Investitionen, der Stromerzeugung, der Energieübertragung sowie ihrer Verteilung.

Öffentliche Entwicklungsleistungen werden nicht ausreichen, um die Herausforderungen im Bereich der nachhaltigen Energie zu bewältigen.

In Anbetracht des gigantischen finanziellen Engagements, das benötigt wird, um die Ziele der Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ zu erreichen, sind die Wechselwirkungen

zwischen Politikmaßnahmen und finanziellen Ressourcen von überragender Bedeutung. Die öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA) werden, so wichtig sie auch sind, nicht ausreichen, um diese Herausforderung zu bewältigen. Der Erfolg wird von der Fähigkeit abhängen, den privaten Sektor in weitaus größerem Maße einzubinden, sowohl im Hinblick auf Investitionen als auch auf Finanzierungen. Wenn wir das Entwicklungspotenzial von Energie weitmöglichst erschließen wollen, wird es für unsere Partner in den Entwicklungsländern von entscheidender Bedeutung sein, institutionelle und rechtliche Strukturen zu bieten, die die Transparenz und die Rechenschaftspflicht bieten, die für die Mobilisierung umfangreicher privater Investitionen erforderlich sind. Sie werden ferner die Fähigkeit haben müssen, finanzierungsfähige Projekte zu definieren und vorzubereiten.

Die *Agenda für den Wandel* der EU betont die Notwendigkeit, die ODA-Leistungen bestmöglich einzusetzen und Zuschüsse zu nutzen, um private Finanzmittel zu mobilisieren. Die oben genannten Beispiele zeigen zwar, dass wir diesen Ansatz in die Tat umsetzen, wir müssen unsere Bemühungen nunmehr jedoch wesentlich steigern. Es lohnt sich überdies, sich daran zu erinnern, dass Investitionen im Energiebereich nicht immer umfangreiche Hilfen in Form von Zuschüssen benötigen. Tatsächlich können Investitionen in diesem Bereich reguläre Erträge generieren, wenn geeignete Management- und Kostendeckungsmechanismen vorhanden sind. Dies reicht zwar u.U. nicht immer aus, um alle anfänglichen Finanzierungskosten zu decken, zeigt jedoch, dass auch mit relativ begrenzten Mitteln Leistungen generiert werden können, die hohe Erträge bringen.

Mit ihrem ambitionierten Energieprogramm „20-20-20“¹⁰ ist die EU gut gerüstet, um Fachwissen und technische Unterstützung zu bieten. Die EU ist auf dem Gebiet der erneuerbaren Energietechnologie und -effizienz führend und verfügt über wertvolle Erfahrungen im Hinblick auf die rechtlichen und administrativen Maßnahmen, die notwendig sind, um Investitionen in moderne Energietechnologie zu mobilisieren – sei es in Form von erneuerbarer Energie, fortschrittlichen Netzwerken oder Energieeffizienz.

Technologie allein wird indessen keine Investitionen bewirken. Die Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ bietet unseren Partnerländern zwar Chancen, sie stellt diese jedoch auch vor Herausforderungen – z.B. beim Festlegen von Prioritäten, dem Stellen der richtigen politischen Weichenstellungen sowie der Schaffung eines günstigen Unternehmensumfelds. Dies wird von entscheidender Bedeutung sein, wenn die Entwicklungsländer ein Klima des Vertrauens schaffen wollen, das dem privaten Sektor sowie Investoren behagt – und dieses Klima muss von festem politischem Willen getragen werden.

Die EU steht bereit, um dies in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zu erreichen. Die Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ bietet möglicherweise einige der größten Chancen des 21. Jahrhunderts – sowohl für die EU als auch für unsere Partnerländer – in diesen finanziell schwierigen Zeiten. Was die weitere Zukunft betrifft, werden indessen neue Märkte geschaffen und neue produktive Partnerschaften geschlossen werden, unsere Partnerländer werden sich neuer innovativer Technologien bedienen, und dies wird direkt und indirekt zu höheren Einkommen sowie mehr Arbeitsplätzen führen. Was wir hier erleben, ist tatsächlich nichts weniger als eine Energierevolution.

Der Weg in die Zukunft

Die Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ der VN erfordert konzertierte Bemühungen seitens aller Beteiligten. Die EU, die über die Hälfte der weltweiten ODA erbringt, steht vorbehaltlos hinter den drei Zielen dieser Initiative und setzt sich nachdrücklich für ihre Erreichung ein. Tatsächlich stimmen sie weitgehend mit den Zielen und Politikmaßnahmen überein, die die EU bereits selbst verfolgt.

Investoren benötigen ein Klima des Vertrauens, das von festem politischem Willen getragen wird.

Mit dem nötigen politischen Willen sind die Ziele des Generalsekretärs der Vereinten Nationen voll und ganz erreichbar, was mit echten Vorteilen verbunden wäre. Wir bei der EU sind entschlossen, diese Vorteile durch die Schaffung von Synergien zwischen binnen- und außenpolitischen Maßnahmen für unsere Partnerländer zu realisieren. Wir stehen zu unserer Verpflichtung, eine wichtige Rolle bei der Erreichung der Ziele zu spielen und dabei auf unseren Erfahrungsschatz und unser Fachwissen zurückzugreifen sowie den Versprechungen Ergebnisse und finanzielle Mittel folgen zu lassen.

Jetzt muss die harte Arbeit tatsächlich beginnen. Als Partner müssen wir uns auf die praktischen Aspekte der raschen Ausarbeitung eines endgültigen konkreten, aber ambitionierten Aktionsplans konzentrieren, der Ergebnisse liefern wird. Wir müssen zusammenarbeiten, um so bald wie möglich die nationalen Strategien im Bereich des Energiezugangs in den Entwicklungsländern aufzustellen. Und die Eigenverantwortung der Empfängerländer muss der Grundpfeiler unserer Initiative sein.

Mit klaren und transparenten Zusagen, deren Umsetzung kontrolliert wird, lassen sich selbst die ambitioniertesten Pläne in die Tat umsetzen – die EU weiß dies aus eigener Erfahrung. Was noch vor wenigen Jahren in den EU-Mitgliedsländern als höchst ambitioniert galt, wird heute als selbstverständlich betrachtet und wird zunehmend zum Tagesgeschäft. Haben wir daher keine Angst vor ambitionierten Plänen. Was nachhaltige Energie für alle betrifft, müssen wir daran glauben, dass die Möglichkeiten grenzenlos sind.

Anmerkungen

1. www.euei-pdf.org.
2. AKP: Afrika, Karibik und Pazifik.
3. <http://ec.europa.eu/europeaid/where/acp/regional-cooperation/energy>.
4. www.africa-eu-partnership.org.
5. Council conclusions on access to sustainable energy sources at the local level in developing countries, Brüssel, 19. Mai 2009.
6. Zugesagte ODA-Leistungen im Energiebereich, 2005-2011, interne Datenbank der Europäischen Kommission.
7. Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit.
8. www.eu-africa-infrastructure-tf.net.
9. <http://geeref.com>.
10. Bis 2020: Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 20%, Deckung des Energieverbrauchs der EU zu 20% aus erneuerbaren Quellen und Verringerung des Primärenergieverbrauchs durch Verbesserung der Energieeffizienz um 20%.

Literaturverzeichnis

- DFID (UK Department for International Development) (2002), *Energy for the Poor, Underpinning the Millennium Development Goals*, DFID, London.
- EU Energy Initiative und GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) (2011), *Productive Uses of Energy – A Manual for Electrification Practitioners*, EU Energy Initiative, Brüssel.
- Europäische Kommission (2011), *Für eine EU-Entwicklungspolitik mit größerer Wirkung: Agenda für den Wandel*, Europäische Kommission, Brüssel, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0637:FIN:DE:PDF>.
- IEA (Internationale Energie-Agentur) (2011), *World Energy Outlook 2011*, OECD Publishing, Paris.
- Practical Action (2010), *Poor People's Energy Outlook 2010*.



From:
Development Co-operation Report 2012
Lessons in Linking Sustainability and Development

Access the complete publication at:

<https://doi.org/10.1787/dcr-2012-en>

Please cite this chapter as:

Piebalgs, Andris (2013), "Nachhaltige Energie für alle erreichen, Andris Piebalgs", in OECD, *Development Co-operation Report 2012: Lessons in Linking Sustainability and Development*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/dcr-2012-12-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.